



HESSISCHER LANDTAG

16. 05. 2023

Plenum

Antrag

Fraktion der SPD

Übernahme der Prä-Expositions-Prophylaxe (PrEP) in Hessen

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Hessische Landtag stellt fest, dass die Prä-Expositions-Prophylaxe ein wirksamer Schutz gegen HIV-Infektionen ist und als solcher für hessische Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter kostenfrei zugänglich gemacht werden sollte.
2. Der Hessische Landtag fordert die Landesregierung auf, die Prä-Expositions-Prophylaxe zur Prävention einer HIV-Infektion als kostenlose Vorsorgeleistung (Begleituntersuchung und Verschreibung des Medikaments) in die Hessische Beihilfeverordnung (HBeihVO) aufzunehmen.

Begründung:

Die Prä-Expositions-Prophylaxe, die Vorsorge vor einem möglichen HIV-Kontakt, ist eine Methode zur Prävention einer HIV-Infektion. Die Einnahme von PrEP kann das Risiko einer HIV-Infektion erheblich senken und dazu beitragen, die Ausbreitung von HIV zu verhindern. Darüber hinaus kann PrEP die Lebensqualität von Menschen verbessern, indem sie ihnen ein Gefühl der Sicherheit und Kontrolle ermöglicht.

Seit September 2019 übernehmen die gesetzlichen Krankenkassen für Menschen mit erhöhtem Risiko für HIV die Kosten für PrEP-Medikamente und Begleituntersuchungen. Auch der Bund hat im Jahr 2019 PrEP als beihilfefähig für Bundesbedienstete beschlossen. Ebenso hat die Bundeswehr dieses im gleichen Jahr in den Katalog der freien Heilfürsorge aufgenommen. Jedoch lehnt die Hessische Landesregierung mit Verweis auf das geltende Beihilferecht, § 10 Abs. 3 HBeihVO, und der Begründung, dass PrEP-Maßnahmen nicht zu Schutzimpfungen zählen, die Übernahme für hessische Beamtinnen und Beamten ab. Da PrEP jedoch einen nachgewiesenen Schutz gegen HIV-Infektionen ermöglicht, sollte die Hessische Landesregierung PrEP für Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter kostenfrei zugänglich machen.

Wiesbaden, 16. Mai 2023

Der Fraktionsvorsitzende:
Günter Rudolph